

Bochum, 9. März 2013

Abschöpfung von Bahn-Gewinnen

Der Vorstand von PRO BAHN wird beauftragt, die Gewinne der DB AG aus Trassenpreisen und Stationsgebühren zu kritisieren und die Bundesregierung als Eigentümer aufzufordern, die Abschöpfung der Gewinne aus diesen Sparten durch die DB AG nicht mehr zuzulassen. Stattdessen sollen die Einnahmen des Netzes und der Stationen, die die Kosten übersteigen, vollumfänglich in diese Sparten reinvestiert werden, alternativ sollten Trassen- und Stationsgebühren auf die real nachweisbaren Kosten gesenkt werden.

Begründung:

Die genannten Geschäftsfelder wiesen gemäß Geschäftsbericht der DB AG in den Jahren 2011 und 2010 folgende EBIT (Gewinne vor Steuern und Zinsen) auf:

- Netze Fahrweg: 715 bzw. 601 Mio. Euro
- Netze Personenbahnhöfe: 226 bzw. 217 Mio. Euro.

Gemäß den Beherrschungsverträgen wurden die daraus entstandenen Gewinne auf die DB AG, also auf die Holding, transferiert. Sie standen damit dem Vorstand der DB AG für deren Unternehmensstrategie zur Verfügung, die vornehmlich darauf abzielt, Expansion in anderen Ländern zu schaffen. Dies hat dazu geführt, dass die DB AG etwa 900 Unternehmen in allen Kontinenten besitzt, die mehrheitlich mit dem Schienenverkehr gar nichts zu tun haben.

Die Infrastrukturunternehmen der DB AG haben unstrittig Monopolcharakter: Es erscheint daher illegitim, hier überhaupt Gewinne zu erzielen. Die EU-Kommission plant daher Maßnahmen, den Transfer dieser Gewinnbeträge auf andere Unternehmensteile zu unterbinden. Der Bundesfinanzminister hat die Auszahlung von 500 Mio. Euro Dividende an den Bundeshaushalt durchgesetzt.

Es erscheint dringlich, dass hier PRO BAHN Stellung bezieht, um solche Gewinne (und deren Transfer auf den Bundeshaushalt) ab sofort zu verhindern:

- Würden die Investitionen in Netz und Stationen erhöht, könnte deren Zustand und Leistungsfähigkeit verbessert werden,
- Würden Trassen- und Stationspreise gesenkt, könnten Fahrpreise gesenkt und/oder Bestellerentgelte der Länder so reduziert werden, dass mehr Zugleistungen im Nahverkehr bestellt werden könnten.

Letzten Endes könnten mit der Zurverfügungstellung dieser Mittel viele Ziele, die PRO BAHN an vielen Orten verfolgt, finanziert werden.

Beschlossen vom

Bundesverbandstag des Fahrgastverbandes PRO BAHN in Bochum 9. März 2013